

50 Jahre FPÖ

Am 9. September 2006 feierte die Spitze der FPÖ gemeinsam mit zahlreichen Funktionären, Mandataren und Mitgliedern „50 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs“.

Der vorliegende Band beinhaltet die Reden, die aus diesem Anlaß im Wiener Palais Ferstl gehalten wurden.



Festakt zum 50. Gründungstag der Freiheitlichen Partei Österreichs

**im Wiener Palais Ferstl
am 9. September 2006**



Bild am Einbanddeckel:

Hilmar Kabas, Norbert Steger, HC Strache
und Alexander Götz (v.l.n.r.) schneiden
die Geburtstagstorte der „Jubilarin“ an.

**Freiheitliche
Akademie**
Das Bildungswerk

Alle waren gekommen, um den 50. Geburtstags ihrer
Partei zu feiern. Sehr zur Freude des Festredners Strache

2. Auflage 2009

© Freiheitliche Akademie, Wien

Redaktion/Herstellung: W3 Verlag GmbH, Wien

Gestaltung: Ecotext/Mag. G. Schneeweiß-Arnoldstein

Jede Form der Vervielfältigung – auch als Photokopie – ist ohne Genehmigung des
Verlags nicht gestattet.

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-902720-00-9



Festakt – 50 Jahre FPÖ

Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Freunde der Freiheitlichen Partei Österreichs!

Die vorliegende Broschüre gibt die Reden wieder, die anlässlich der 50-Jahr-Feier der FPÖ am 9. September 2006 im Wiener Palais Ferstl gehalten wurden.

Unter den mehr als 500 Gästen konnten viele diplomatische Vertreter, ehemalige freiheitliche Minister, Staatssekretäre, Nationalrats- und Landtagspräsidenten, ehemalige und im Amt befindliche Nationalrats-, Bundesrats- und Landtagsabgeordnete, Vertreter der Vorfeldorganisationen sowie zahlreiche Funktionäre und Mitglieder begrüßt werden, darunter solche, die schon an der Gründung beteiligt waren.

Auch der Bundespräsident übermittelte anlässlich des Festakts eine Grußbotschaft.

Die Reden sind in der Reihenfolge, in der sie zum Vortrag kamen, angeordnet.

Ergänzt werden sie durch die Ansprache des ehemaligen Landesparteiobmanns von Oberösterreich, Landesrat a.D. Dr. Hans Achatz, die dieser bei der Festveranstaltung zum 50-Jahr-Jubiläum der oberösterreichischen FPÖ am 17. November 2005 im Alten Rathaus zu Linz gehalten hat.

Mag. Hilmar Kabas
Präsident der Freiheitlichen Akademie

National und freiheitlich

BUNDESPARTEIOBMANN A. D. DR. ALEXANDER GÖTZ

Herr Bundesparteiobermann,
sehr geehrte Anwesende!

Man könnte einen Vers von Wilhelm Busch zitieren, einen leicht abgeänderten, der da lautet: „Ach wie sind doch Jubiläen gar nicht so nach meinem Sinn, stets befind ich mich am wohlsten, wenn ich damit fertig bin.“ Warum? Weil eine Rede aus dem gegebenen Anlass „50 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs“ diesem Anlass nicht gerecht werden kann. In einem eng gesetzten Zeitrahmen lassen sich 50 Jahre österreichische Geschichte



DDr. Alexander Götz (BPO vom 30. September 1978 bis 1. Dezember 1979) erinnert sich: frisch, klar und hellsichtig. Ein Freiheitlicher vom „alten“ – ewig gültigen – Schlag.

nicht unterbringen, nicht so unterbringen, dass eine kritische Zuhörerschaft damit auch nur annähernd einverstanden sein kann.

Oder man versucht etwas ganz anderes – man versucht, eine Spurensuche oder ein Interesse an einer Spurensuche anzuregen, und diesen Versuch möchte ich unternehmen. Ich darf dabei allerdings vorausschicken, dass ich meine persönliche Meinung und nur diese verwende, also eine subjektive Betrachtung durchführe, und darf auch vorausschicken, dass ich nur Ereignisse erwähne, an denen ich persönlich teilgenommen habe, einfach aus dem Grund, um mit gutem Gewissen sagen zu können: So war es.

Nun diese Spurensuche wird besonders erleichtert, und diesen Hinweis möchte ich doch anbringen, wenn man sich der sehr akribischen Werke unseres Chronisten Dr. Kurt Piringer annimmt, der in seiner Chronologie wirklich Tagebuch der Freiheitlichen Partei geschrieben hat.

Es war der 7. April 1956, als 124 Delegierte aus allen Bundesländern in Wien in der Josefstadt im Hotel „Weißer Hahn“ zum Gründungsparteitag der Freiheitlichen Partei zusammentraten. Dem war einiges vorausgegangen.

Bei der oberösterreichischen Landtagswahl, ein Jahr vorher im Herbst des Jahres 1955, kam es zu einer Wahlgemeinschaft zwischen dem Verband der Unabhängigen, zwischen der Freiheitspartei und einer Gruppe von Parteilosen. Alles verantwortungsbewusste Männer des Dritten Lagers, die sich bemüht hatten, die Einigkeit dieses Lagers mit dieser Wahlgemeinschaft zu demonstrieren. Damals begannen die Vorbereitungen, sprich die Urwahlen in Hunderten von Ortsgruppen in Österreich, und an dieser Urwahl war besonders bemerkenswert, dass jeweils immer ein Vertreter des Verbandes der Unabhängigen, ein Vertreter der Freiheitspartei und einer der Parteilosen das Wort ergriff und Wahlvorschläge für die Delegiertenwahl unterbreitete.

Ich selbst gehörte zu jener Gruppe der Parteilosen, die in diesem Jahr erstmals einer politischen Partei beitraten, und ich müsste eigentlich heute lügen, wenn ich behaupte, dass das unerhört erhebend war. Abend für Abend mit etwa den gleichen

Rednern zum selben Thema vor jeweils zwanzig bis hundert Menschen, Mitgliedern sprechen zu müssen ... aber eines kann man jedenfalls nicht abstreiten – es waren demokratische Urwahlen, die sich dann noch über die Bezirke, über die Wahlkreise, über die Landesparteitage hin erstreckt haben. Mit gleichem Ritual. Bis es zum Bundesparteitag kam.

Nun zurück zum „Weißer Hahn“. Aus der Wahl ging Dipl.-Ing. Anton Reinthaler mit 117 von 124 Stimmen als neu gewählter Bundesparteiohmann hervor. Wenn ich aus heutiger Sicht versuche, die wesentlichen Männer, es waren damals keine Frauen dabei, zu nennen, die diese Partei im Zeitpunkt ihrer Gründung geprägt haben, so habe ich mir vorher selbst den Zwang auferlegt, mich auf zehn Namen zu beschränken.

Anton Reinthaler, Kurzzeitminister der Ersten Republik, war sicherlich die Integrationsfigur schlechthin. Wilfried Gredler, der geniale Kopf, hervorragender Rhetoriker und auch hervorragender Diplomat, war ein Mann des Ausgleichs. Friedrich Peter, der sein Schicksal mit Günther Grass teilte, ohne dass dabei festgestellt wird, dass es ein typisches Schicksal einer gesamten Generation war, war ununterbrochen darum bemüht, der Freiheitlichen Partei die Salonfähigkeit, sprich Regierungsfähigkeit, zu verschaffen. Gustav Zeillinger war ein Fels in der Brandung parlamentarischer Redeschlachten, wobei er seinen Beruf als Anwalt nie verleugnen konnte, denn egal, ob es um „pro oder kontra“ ging oder um „sowohl als auch“, ihm gingen die Argumente nie aus. Dr. Tasillo Broesigke, ein hervorragender Jurist, ein unerhört gebildeter Mensch, war – fast möchte ich sagen – die Verkörperung der Zähigkeit. Nach ihm, er war ja der Wiener Landesparteiohmann, darf ich den Kärntner Landesparteiohmann Reinhold Huber erwähnen, der insbesondere im Bereich der Bauernschaft ein hohes, ja höchstes Ansehen genoss. Dr. Heinrich Zechmann, ebenfalls aus Kärnten kommend, stellvertretender Bundesparteiohmann. Dann natürlich Dr. Emil van Dongel als Nachfolger Gredlers in der Klubobmannsposition, ein quirlicher ideenreicher, mit starkem Durchsetzungsvermögen versehener Mann, schließlich mein Vater Oberst Alexander Götz, der steirische Landesparteiohmann und gleichzeitig, fast möchte

Wie vor 50 Jahren herrschte Aufbruchstimmung:

Der große Saal im Palais Ferstl war bis auf den letzten Platz besetzt.



ich so sagen, die personifizierte Autorität, sowie der Vizekanzler der Ersten Republik Karl Hartleb, der zwar aufgrund seines Alters keine Funktion mehr annehmen konnte, der aber vor allem durch sein nicht vergessenes Wirken als einer der wesentlichsten Träger des Landbundes Vorbildfunktion ausübte – sie alle haben die Freiheitliche Partei in ihrer Gründungszeit und weit darüber hinaus geprägt.

Keiner von ihnen lebt mehr. Wir wollen ihr Wirken in Erinnerung behalten und ihrer gedenken, gleichzeitig mit all jenen Freunden, die diesen Weg mit uns gegangen sind und nicht mehr unter uns weilen.

Dieses Wirken der eben gegründeten Freiheitlichen Partei war natürlich bestimmt durch ein Kurzprogramm, das dann in ein umfangreiches Parteiprogramm überging. Aber wenn ich versuche, das Wesentliche dieses Kurzprogrammes herauszugreifen, so kann ich jene Charakteristik nehmen, die sich auf drei Begriffe einschränken lässt: „National. Freiheitlich. Sozial“.

Da aber alle Begriffe dem Wandel der Zeit unterworfen sind und alle Bilder und Erinnerungen, die sich damit verbinden, ist es nötig, sich eben in dieses Gründungsjahr zurückzusetzen und zu hinterfragen, was sie damals bedeutet haben. „National“ war ein Volkstumsbekenntnis. Eines, das auch immer wieder in sehr starker Diskussion stand. Eines, das nicht überall auf Verständnis stieß, da es immer wieder um die Frage ging: Staatsvolk oder Volk ohne Grenzen? Ein Bekenntnis, das dazu führte, dass jene, die sich zum deutschen Kulturkreis bekannten, diffamiert wurden als die schlechteren Österreicher. Auch ich bin immer wieder peinlich befragt worden, ob ich denn mehr Österreicher oder mehr Deutscher sei. Und ich habe damals immer die gleiche Antwort gegeben. Ich habe gesagt: „Ich halte es so wie die Marktfrauen am Grazer Kaiser-Joseph-Platz. Wenn man sie fragt, was sie seien, werden sie „Österreicherin“ antworten, und wenn man sie fragt, was sie sprechen, werden sie mit „Deutsch“ antworten.“

Vergessen wir aber nicht, dass es nicht nur die Diskussion „Sind wir oder sind wir nicht und wie weit sind wir und wie weit dürfen wir sein?“, sondern auch aktuelle Probleme gegeben hat.

Es war ja doch erst einige Monate her, dass der Staatsvertrag unterzeichnet worden war – einige Monate der staatlichen Souveränität – und dass es darum ging, wieder nationales und staatliches Selbstbewusstsein zu bekommen. Jenes Selbstbewusstsein, das nötig war, um aus dieser Republik das zu machen, was sie wurde, nämlich von allen akzeptiert – im Unterschied zur Ersten Republik.

Der zweite Stempel, den wir uns selbst aufgedrückt haben, auch da haben wir es uns nicht leicht gemacht, war „Freiheitlich“, und auch da gab es natürlich von Anfang an die Diskussion darüber, welcher Unterschied es denn zwischen freiheitlich und liberal gäbe. Und man musste schon manchmal die Österreichische Verfassung bemühen, um klarzumachen, dass Menschen, die in kleineren oder größeren Gemeinschaften zusammenleben, anderen nicht unbegrenzte Freiheitsrechte zuordnen oder zubilligen können, weil spätestens dort, wo die Rechte des Nachbarn beginnen, die eigenen Rechte Grenzen bekommen. Wir haben uns aber dann letztendlich auf die Formulierung geeinigt „Soviel Staat wie nötig. Soviel Freiheit wie möglich.“

Ich möchte nicht versäumen anzumerken, dass auch hier der Zeitenlauf gilt, und dass das absolut keine feststehenden, sondern variable Begriffe sind.

„Sozial“. Ich verhehle nicht, dass damals öfter die Frage auftauchte: Ja, sozial – warum soll man das extra noch erwähnen? Das ist doch eine Selbstverständlichkeit! Welche politische Partei kann es sich leisten, 1956 nicht sozial zu sein? Der Bekenntnischarakter „Wir Freiheitliche wollen eine soziale Partei sein“ stand völlig außer Diskussion.

Aber wir wollten ja noch etwas mehr als „nur“ – unter Anführungszeichen und bitte keineswegs abwertend – die parlamentarischen Tätigkeiten und Initiativen im Bereich der Sozialgesetzgebung. Wobei wir auch da mit Stolz auf die Tätigkeit unserer Abgeordneten hinweisen dürfen – ich nenne nur Kandutsch und Kindl. Ja, wir wollten wirklich eine Brücke, eine haltbare Brücke zwischen Kapital, sprich Wirtschaft, und den Mitarbeitern in den Betrieben bauen. Eine Brücke, die letztendlich, ich möchte sagen: auch in Stürmen ihre Sozialfunktion nicht verlie-

ren sollte. Da wir aber schon im parlamentarischen Geschehen sind, möchte ich noch anmerken, dass es eine ganze Reihe von Erfolgen auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung gibt, die auch die Handschrift von uns Freiheitlichen tragen.

Da wir also schon mitten im parlamentarischen Geschehen sind, möchte ich es durch einige wenige Momentaufnahmen skizzieren. So wurde uns immer wieder der Vorwurf gemacht, wir seien nicht vertrauenswürdig, wir seien nicht verlässlich. Naja, Verlässlichkeit ist ja nur messbar, wenn irgendwo Zusagen erfolgen und diese Zusagen nicht gehalten werden. Ich kann mich an eine sehr gut erinnern, die nicht gehalten wurde. Aber nicht wir waren es, die wortbrüchig wurden, sondern die Österreichische Volkspartei. Es war 1962, Sommer 1962, als ich in Graz eine kleine Runde traf. Bundeskanzler Gorbach, der Landeshauptmann der Steiermark Josef Krainer der Ältere, Landespartei sekretär Dr. Rainer von der ÖVP, Bundesparteiobmann Friedrich Peter, mein Vater als Landesparteiobmann und ich mit den Herrn aus dem Bereich der Industrie, mit Präsident Dr. Reininghaus an der Spitze, ferner Beng Auheim, ebenfalls der Ältere, und mit dem Sekretär der Industriellenvereinigung, Dr. Moser-Moosbruck. Dieses Zusammentreffen war auf Wunsch der Industrie zustande gekommen, welche die Vorstellungen der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei für die Zeit nach der anstehenden Nationalratswahl in Erfahrung bringen wollte. Auch, weil sie deshalb in Einzelgesprächen mit dieser und mit jener Seite immer den Eindruck gewonnen hatte, dass eine Partei der anderen die Vertrauenswürdigkeit absprach.

Nach einigen Einleitungsstatements und einigen Witzen, die Bundeskanzler Dr. Gorbach aus seinem berühmten kleinen Büchlein zur Auflockerung der Atmosphäre zum Besten gegeben hatte, kam die direkte Frage von Seiten der Industrie an Gorbach: „Was werden Sie tun, wenn das Wahlergebnis eine Mehrheit von ÖVP und FPÖ im Hohen Haus ermöglicht?“ Dr. Gorbach hat ziemlich lange und ziemlich umständlich, wenn ich das so sagen darf, geschildert, welche Probleme und Schwierigkeiten bestehen, ist aber dann überraschend doch zur ganz klaren Aussage gekommen, und ich zitiere wörtlich: „Wenn dies

der Fall ist, dann werde ich diese Mehrheit zur politischen Wirkung bringen.“ Dr. Reininghaus hat noch nachgehakt und gefragt: „Heißt das, eine gemeinsame Regierung?“, und Gorbach hat mit „Selbstverständlich“ geantwortet. Was dann wirklich passierte, ist bekannt.

Vielleicht erinnern sich auch noch manche an die so typische, von Prof. „Ironimus“ Peichl dargestellte Stimmung nach den Verhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ. In diesen bemühte sich Gorbach, das Außenministerium zurückzubekommen, was Franz Olah verhinderte. Und genau das hat Peichl in einer Zeichnung mit mehreren brennenden Kerzen dargestellt. Auf der ersten stand noch groß Außenministerium oben. Auf der letzten, schon ausgelöschten, nur mehr Aus. Ja, das war es dann auch.

Ein zweiter Vorwurf, der uns immer wieder gemacht wurde, direkt und indirekt, hatte ungefähr folgenden Inhalt: Naja, ihr habt ja ganz nette, sogar sehr gute Redner im Parlament, aber außer Reden hört man von euch nicht viel. Den Worten folgen keine Taten.

Eine dieser bemerkenswerten, ich würde behaupten, außerordentlichen Reden hat Dr. Gredler zum Thema EWG oder EFTA im Parlament gehalten und in Verfolgung dieser Rede hat er mir im Jänner 1963 einen Termin bei dem damaligen Präsidenten der EWG, Jauré, verschafft. Dort sollte ich nach dem Wunsche Gredlers ausloten, wie denn Jauré zu einem Vollbeitritt Österreichs zur EWG stehe. Na, ich fuhr also nach Brüssel, lernte dort sehr interessante Leute kennen und hatte dann eine überraschend lange und überraschend interessante Aussprache mit Jauré. Mit dem neu gewonnenem Wissen fuhr ich nach Wien zurück und habe mit Gredler gemeinsam die Spitzen der Industrie informiert. Dass dann keine erkennbaren Taten mehr folgten, kann, so glaube ich, nicht uns Freiheitlichen zugeschrieben werden.

Ein weiterer Vorwurf war der, dass wir ja eigentlich kein Programm hätten oder programmlos seien und dass wir zu wenig Innovationskraft hätten und dergleichen mehr. Nun, vor wenigen Wochen hatte ich Gelegenheit, einem prominenten Jour-

nalisten, der heute hier anwesend ist, ein Exemplar der Ordnung 70 aus dem Jahr 1968 zu überreichen. Es ist in der Steiermark entstanden, und er war einigermaßen perplex, um nicht zu sagen sprachlos, über Art und Inhalt dieser programmatischen Schrift.

Ich gebe zwar zu, dass in den späteren Verhandlungen bis zum Ischler Parteitag, auf dem die Formel 70 verabschiedet wurde, dem steirischen Entwurf manche „Giftzähne“ gezogen wurden. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass wir, fast könnte man sagen: ununterbrochen programmatisch tätig waren, insofern als wir versucht haben, neue Problemfelder in unser Programm aufzunehmen.

So waren wir Vorkämpfer des Europagedankens und haben ihn auch programmatisch verankert. Wir waren Vorkämpfer auf dem Gebiet des Umweltschutzes und wir waren Vorkämpfer, leider noch immer aktuell und nicht erfüllt, für die Schaffung eines europäischen Volksgruppenrechtes. All das ist in unseren Programmen verankert.

Was die Initiativen betrifft oder die Innovationsideen, so kann ich nur an einige unserer Veranstaltungsreihen erinnern. Da haben wir einen ganz neuen Typus geschaffen mit den „Kreuzfeuerveranstaltungen“, wo der Bundesparteiboss und seine Stellvertreter auf der einen Seite saßen und namhafte Journalisten, meist Chefredakteure, auf der anderen. Das Ganze ging unter der Leitung, unter dem Management unseres Pressereferenten Dr. Bruno Müller vor sich, der diese Veranstaltungsreihe erfunden hat. Man kann auch noch weitere Veranstaltungen erwähnen, etwa die „Winterreise“ oder „FPÖ schenkt reinen Wein ein“ und dergleichen mehr. Aber diese Innovationen haben sich nicht nur auf Veranstaltungen bezogen. Vielmehr waren sie, ich möchte sagen, ein fixer Bestandteil unserer politischen Tätigkeit.

Wenn ich jetzt noch einen vierten Punkt anschneide, dann einen, der beweist, dass wir unsere Wahlversprechen auch eingehalten haben. Ich meine die Erklärung vom 16. Jänner 1970. Damals haben wir in einer recht spannungsgeladenen Vorstandssitzung beschlossen, für den Wähler völlige Klarheit über

unser Verhalten nach der Wahl zu schaffen. Damals ging es darum klarzumachen, dass wir keinesfalls mit den Sozialisten eine Regierung bilden wollen, dass wir aber ebenso eine absolute Mehrheit der ÖVP bekämpfen.

All das hat eine Vorgeschichte. Man muss wissen, dass die Österreichische Volkspartei seit Auftreten einer dritten politischen Kraft in Österreich immer wieder versucht hat, einer echten Konfrontation mit den Sozialisten aus dem Weg zu gehen, dass sie sich den kleineren, zahlenmäßig schwächeren Partner als Gegner ausgesucht und sich mit allen möglichen Wahlversprechen abgesichert hat. Ich denke nur daran, was unsere Wähler alles mitmachen mussten, wenn von ihnen ein „Gewissensopfer“ abverlangt wurde, oder wenn die acht Abgeordneten der Freiheitlichen Partei einfach unter den Tisch fallen gelassen wurden nach der Formel: Es steht 79 zu 78, ein Mandat mehr und die rote Mehrheit beginnt.“

Andererseits darf man nicht vergessen, dass es bis 1970 immer nur Mehrheiten der ÖVP gegeben hatte und dass die Sozialisten an zweiter Stelle lagen. Wir hatten die berechtigte Sorge thematisiert, wieder „Hauptgegner“ in diesem Wahlkampf zu sein (es soll da ja schon eine Wahlbroschüre der ÖVP gegeben haben, die allerdings nie realisiert wurde), welche Neuauflage dieses „79 zu 78“.

Dass es dann nach der Wahl, als das Wahlergebnis vorlag, zu Kritik kam, ist bekannt. Diese Kritik kam aus den eigenen Reihen und behauptete, dass die Parole „Kein roter Bundeskanzler – kein schwarzes Österreich“ an unseren Verlusten schuld gewesen sei. Sie werden verstehen, dass ich dies auch heute noch bestreite, schon deshalb, weil Dr. Otto Scrinzi und meine Wenigkeit die Hauptträger dieser Parole gewesen sind und sie auch durchgesetzt hatten.

Wir waren allerdings auch diejenigen, die dafür gesorgt haben, dass es nicht zu Parteiverhandlungen über eine Regierungsbeteiligung kam, die der Freiheitlichen Partei von der SPÖ schon am Wahltag offeriert wurden. Weil wir eben der Meinung waren, dass ein gegebenes Wahlversprechen, egal, ob angenehm oder unangenehm, auf jeden Fall einzuhalten ist.

Jedenfalls begann die Ära Kreisky. Natürlich wurde uns dann der Vorwurf gemacht: „Ja, Ihr habt es durch Duldung der Regierung Kreisky erst ermöglicht, dass er Bundeskanzler wurde.“ Das ist bitte, Sie entschuldigen, dass ich das so derb sag, schlicht und einfach eine Dummheit. Denn wer den Umfang der Wählerbewegung des Jahres 1970 nur einigermaßen einzuschätzen vermochte, wusste, dass die Sozialisten die nächstbeste Gelegenheit wahrnehmen würden, um einen neuen Urnengang herbeizuführen, und dass es bei diesem Urnengang mit einer hohen Wahrscheinlichkeit zu einer absoluten Mehrheit der SPÖ kommen würde, was sich später auch bewahrheitete.

Die einzige Chance, die wir sahen und natürlich wahrgenommen haben, bestand darin, die Änderung des Wahlrechtes herbeizuführen. Denn bis zu diesem Zeitpunkt benötigte die Freiheitliche Partei ja etwa jeweils doppelt so viele Stimmen für ein Mandat wie ÖVP und SPÖ, und so ging es uns darum, mit diesem geänderten Wahlrecht ein Überborden der Macht, sei es von Rot, sei es von Schwarz, verhindern zu können.

Dann begann die Ära Kreisky, über die ja genug geschrieben wurde. Vielleicht in einem Punkt zuwenig. Es ist der Griff in die Taschen der nächsten Generation, der ununterbrochen ausgeweitet wurde – ein Vorgriff auf die Zukunft, der in meinen Augen nicht nur unstatthaft ist, sondern bestehende Probleme letztendlich vergrößert und verschoben hat. Mehr machen zu wollen als zu können aufgrund der finanziellen Möglichkeiten – das Problem ist bekannt. Aber Anleihen aufzunehmen und das Staatsdefizit mit Sprüchen zu rechtfertigen wie „Besser eine Milliarde mehr Schulden als eine Million Arbeitslose“ – das war neu.

Das Novum änderte aber nichts an einer ganz simplen schlichten Tatsache, an die ich immer geglaubt habe und nach wie vor glaube: Dass man nämlich nicht mehr ausgeben kann, als man einnimmt. Dieses Prinzip kann man nur zulasten der nächsten Generation aussetzen, und das ist damals geschehen.

Damit sind wir aber auch schon in der Gegenwart und damit bei einem der größten Zukunftsprobleme. Ich glaube daher, dass es gerechtfertigt ist, die Frage zu stellen: Wo stehen

wir und wohin gehen wir? Wir als Freiheitliche Partei. Der bekannte Spruch: „Wer das Ziel nicht kennt, wird den Weg nicht finden“ sollte uns ermuntern, dieses Jubiläum, dieses 50-jährige Bestehen nicht zum Anlass einer selbstzufriedenen Nabelschau zu machen, sondern uns mit dieser Zukunft in ganz besonderem Maße auseinanderzusetzen.

Versuchen wir gemeinsam noch einmal in das Gründungsjahr der Freiheitlichen Partei zurückzugehen und nehmen wir die Begriffe, die damals die Partei treffend beschrieben haben: National. Freiheitlich. Sozial. Ich weiß schon, wenn man heute mit solchen Begriffen kommt, dann klingt das hinterwäldlerisch, weil ja eine Spaßgesellschaft auf der einen Seite und das uralte panem et circenses auf der anderen, noch verstärkt durch die Werte des Fernsehens, verhindern, dass man sich mit solcher Problematik beschäftigt. Aber ich habe ja schon eingangs versucht klarzumachen, dass ich eben das versuchen will. Wir sind ein kleiner Staat. Wir haben unsere Identität noch. Mit ganz typischen Erscheinungsformen von Vorarlberg bis ins Burgenland und von Oberösterreich bis Kärnten. Wenn nun für die Bürger dieses Staates mit ihren typischen Eigenschaften und ihrer Identität Politik gemacht wird, dann ist das ein verfassungsmäßiger Vorgang. Wenn aber diese Politik mangelhaft gemacht wird, dann gab und gibt es und wird es hoffentlich auch in Zukunft immer wieder Menschen geben, die diesen Mangel bekämpfen und versuchen, eine bessere Politik zu machen. Eine, die weniger „parteiliches Süppchen kochen“ heißt, sondern den Menschen dieses Landes dient. Dazu zwei kleine Beispiele. Wenn heute jemand der Auffassung ist, dass unsere Sprache täglich mehr verhunzt wird, dann ist es legitim, etwas dagegen zu tun. Dann ist es legitim, sich mit jenen zu vereinen, die gleicher Meinung sind, und gegen jene aufzutreten, die am Verhutzen beteiligt sind. Wenn jemand etwa der Auffassung ist, dass Theaterbühnen unschwer von Bedürfnisanstalten unterschieden werden können müssen, dann liegt es an ihm, dafür zu sorgen, dass diese Meinung zum Durchbruch kommt. Mögen das Minderheitenmeinungen sein, es sind aber nationale Probleme,

und wir alle wissen nicht, wie groß die schweigende Mehrheit dabei ist.

Wenn wir nunmehr Österreich verlassen und uns nach Brüssel begeben, wo noch immer kein europäisches Volk entstanden ist und die Multikultiideologie Schiffbruch erlitten hat, dann werden wir feststellen, dass die europäischen Völker ihre eigene Identität behalten wollen, deshalb weil auch sie vor Augen haben, was seinerzeit De Gaulle als Europa der Vaterländer bezeichnet hat. Übrigens eine Bezeichnung und eine Auffassung, die wir als Freiheitliche geteilt haben.

Meine Damen und Herren, auch das ist nationale Politik. So oder so. Ich habe mir jetzt den Versuch erspart, zwischen Staats- und Kulturvolk zu unterscheiden, denn es ist so oder so nationale Politik, die Not tut. Ebenso ist freiheitliche Politik nötig. Ich erinnere aber daran, was ich am Anfang schon sagte: „Soviel Staat wie nötig – soviel Freiheit wie möglich.“ Auch dass der Sozialstaat unter Umständen nicht nur schrumpfen, sondern wachsen kann, weil er wachsen muss, um bestimmte Aufgaben des Gemeinwesens zu erfüllen. Ich erinnere auch daran, dass freiheitliche Politik auch die Einheit unseres Lagers zur Voraussetzung hat. Manche haben sich schon kopfschüttelnd von Jörg Haider abgewendet, als er seine „Politik auf jederzeitigen Widerruf“ begonnen hat. Ich stand loyal hinter ihm, bis er jenen Weg beschritten hat, den er bei Heide Schmidt zu Recht schärfstens verurteilte. Nur vergessen wir eines nicht: Bei ihm stehen noch viele, die unserem Lager zugehörig sind, sieht man von einigen Noch-Abgeordneten und Regierungsmitgliedern ab. Jenen müssen wir die Hand hinreichen, die Hand zur Einigung des Freiheitlichen Lagers.

Sozial. Der dritte damals prägende Begriff. Ja, wie schaut es aus mit der Sozialpolitik in Österreich? Von der so genannten „sozialen Marktwirtschaft“ kann man eigentlich nur mehr in der Vergangenheitsform sprechen. Die soziale Kultur am Arbeitsplatz wurde und wird stückweise aufgegeben und durch das amerikanische Hire-and-fire“ System ersetzt.

Die Freiheitliche Partei hat in den letzten Jahren oftmals die Sicherheitspolitik zum Thema ihrer Initiativen und der politi-

schen Aktivität gemacht. Wir müssen uns nur darüber im Klaren sein, dass diese Sicherheitspolitik nicht nur die persönliche Sicherheit vor tätlichen Angriffen, vor Raub, vor Diebstahl bedeutet, sondern in erschreckend hohem Ausmaß auch die Sicherheit am Arbeitsplatz. Es ist paradox, dass wir die einzig unausgeschöpften Reserven, Kräfte, die wir noch haben, oder Ressourcen, wenn Sie dieses deutsche Wort lieber hören wollen, nämlich die Kreativität und das Engagement der Mitarbeiter in den Betrieben links liegen lassen, um einen Weg weiter zu gehen, den ich für grundsätzlich falsch halte. Es ist ein Weg, den ich als einen der Peitsche ohne Zuckerbrot bezeichnen möchte. Ein Weg, der mit der Angst um den Arbeitsplatz operiert. Ein Weg der Unsicherheit, der in starker Weise familienpolitische Auswirkungen hat. Gewiss gib es Ausnahmen. Ich kenne einen Betrieb, bei dem jeder Mitarbeiter den Chef vom Tag seiner Anstellung, vom Anstellungsgespräch, von der Berufslaufbahnplanung her kennt. Wo die Mitarbeiter selbstverständlich am Betriebserfolg beteiligt sind. Wo das betriebliche Vorschlagswesen in hervorragender Weise ausgebaut ist. Wo Weiterbildung und Weiterbildung eine Sorge des Betriebes sind. Nur: Das ist die Ausnahme, die die Regel bestätigt. Wo blieb bei dieser Entwicklung die sozialistische Partei? Wo blieb sie?

Eines jedenfalls ist sicher: Sozial, und das ist eine meiner Auffassungen, seitdem ich die politische Bühne betreten habe, sozial ist nicht sozialistisch. Es ist sozialistisch, Einrichtungen der verschiedensten Art, Betreuungseinrichtungen, zu schaffen, um die Verantwortung für soziales Verhalten von den Schultern des Einzelnen zu nehmen und sie Funktionären verschiedenster Art zu übertragen. Sozial dagegen ist es, wenn man – wenn nötig, mit der Gesetzgebung – jene Menschenwürde am Arbeitsplatz wiederherstellt, die wirklich droht, verloren zu gehen. Arno Geiger war mir bislang kein Begriff. Meine Schande. Denn er hat bei der Eröffnung der Salzburger Festspiele heuer eine bemerkenswerte Rede gehalten, wobei er vom zerschnittenen Tuch der Gesellschaft gesprochen hat und auch davon, dass die Verantwortlichen keine Beziehung mehr zu den Problemen des kleinen Mannes hätten. Dass sie sich nicht mehr um das

Wohlergehen des Gemeinwesens kümmern. Er schlug dann vor, dass die Kunst dem Menschen wieder seine Würde zurückgeben müsse. Ich bin seiner Meinung, aber ich bin der Meinung: nicht nur die Kunst. Die Politik, die Umsetzung unserer sozialpolitischen Vorstellungen, und da geht es um wirklich mehr als um Kleinigkeiten.

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um eine Neuordnung der Arbeitswelt in Österreich. Und wenn wir Freiheitliche auch bei sehr vielen Fragen im Regen stehen gelassen wurden – bei dieser Frage sind wir nicht allein. Nicht allein in Österreich und auch nicht allein in der EU. Es gilt doch, einen gemeinsamen europäischen Weg zu finden, der an die Stelle des hemdsärmeligen, rücksichtslosen „American way of life“ gesetzt werden kann. Wer dabei unsere Gegner sein werden, ist nicht sehr schwer zu erraten. Von den Mächtigen heute wird kaum einer fehlen. Aber die Jugend wird uns verstehen. Sie wird uns deshalb verstehen, weil auch für sie die Ellbogengesellschaft, der Egoismus und die Rücksichtslosigkeit keine Lebensziele mehr darstellen, weil auch sie das zerschnittene Tuch der Gesellschaft durch den schützenden Mantel sozialer Gemeinschaft ersetzt wissen wollen.

Und weil wir dieses hochgesteckte Ziel anstreben, ja, es anstreben müssen, um unserem Land und seiner Jugend zu dienen, wünsche ich uns dazu jenen Mut, jene Kraft, jene Überzeugung und jene Einheit, die wir brauchen. Das wünsche ich meiner 50-jährigen, meiner Freiheitlichen Partei.

Mein Liberalismus ist ein radikaler

VIZEKANZLER A. D. DR. NORBERT STEGER

Es ist schrecklich. Da verspricht jemand, nie mehr zu einer Parteiveranstaltung zu gehen, und auf einmal ist er doch da. Sie brauchen nicht zu befürchten, dass ich irgendwie jetzt Lust bekomme, eine meiner bekannt langatmigen politischen Reden zu halten. Die letzte war definitiv 1986. Ich möchte aber doch ein paar Kleinigkeiten anbringen.

Erstens. Jahrzehntelanges Arbeiten für die freiheitliche Sache muss irgendwie ein Jungbrunnen sein, sonst könnte der Alexander Götz nicht so ausschauen, wie er ausschaut. Er war, weiß Gott, nicht immer meiner, und ich, weiß Gott, nicht immer sei-



Dr. Norbert Steger (BPO vom 2. März 1980 bis 14. September 1986: Ein echter Freiheitlicher kann seine Wurzeln nicht verleugnen. Und sich einer Stellungnahme nicht entziehen.

ner Meinung, aber trotzdem repräsentieren wir beide ein Stück der freiheitlichen Sache. Und ein kleines bisserl muss ich auch darüber lachen, dass wir zwei heute sogar unsere typischen Sakkos anhaben. Du hast nämlich damals in manchen Wahlveranstaltungen auch dieses ein bisserl steirisch-blaugrün gefärbte getragen, und ich war immer der liberale Wiener, vor dem sie sich in manchen Bundesländern geschreckt haben, bei dem manche sogar geschaut haben, ob er vielleicht einen Teufelsklumpfuß hat. Denn das Liberale war nicht das, was alle als den eigentlichen Weg gesehen haben.

Dabei wundere ich mich immer, denn gerade die Burschschafter müssten doch wissen, dass das Liberale ursprünglich von der Urburschenschaft her kommt. Woher rührt da die Berührungsangst? Nur daher, weil andere ihre Gesinnungslosigkeit mit der Behauptung zudecken, sie seien „liberal“?

Mein Liberalismus ist ein radikaler Liberalismus, der darin besteht, dass die Freiheit der Völker und die Freiheit der Menschen das oberste Gebot des politischen Handelns sind – und nicht Gesinnungslosigkeit.

Ich bin heute hierher gekommen, weil ich weiß, dass Politik auch in Symbolen besteht, Kampf um Symbole auslöst. Ich will damit zeigen, dass es mein tiefer Wunsch ist, dass es diese Freiheitliche Partei auch zum 60. und zum 100. Geburtstag noch geben möge. Verlassen habe ich die Partei seinerzeit, weil eine Gruppe sich festgesetzt hatte, die eine derartige soziale Kälte und Menschenverachtung gezeigt hat, dass ich damals zu meinem Freund Dr. Pawkowicz gesagt habe: ich kann nicht Mitglied bleiben, wenn diese Leute am Ruder sind. Ich will daher niemandem hier einen Stein nachwerfen, der selbst gegangen ist. Dennoch muss es auffallen, dass einmal die SPÖ sich bemüht hat, eine Abspaltung zu erreichen, und einmal die ÖVP. Offensichtlich gibt es eine große Angst vor dieser Freiheitlichen Partei. Die Antwort kann nur sein, geschlossen weiterzuarbeiten. Und da keiner, der das Mikrophon in einem Saal bekommt, ganz versäumen kann, auch von sich selbst zu reden, möchte auch ich die Chance nützen. So muss ich schon auch darauf verweisen, dass es nicht zulässig ist, die Mehrheit in der eigenen Partei zu

verlieren und deswegen eine andere Partei zu gründen. Ich habe noch verstanden, als einige gesagt haben „Ja, wir wollen regieren“, denn irgendwie ist es bekannt, dass ich sehr fürs Regieren bin. Und dann gab es einige, die nicht regieren wollten. Das wäre vielleicht sogar noch ein sachlicher Grund, dass man sagt: na ja, da muss man sich halt von jenen trennen, die um jeden Preis regieren wollen. Oder diese trennen sich und sagen: „Die anderen wollen es nicht.“

Aber wenn der Mann den Hut, den er gerade erst genommen hat, wieder im Bundeskanzleramt sucht, mit dem Bundeskanzler frühstückt und die freiheitliche Sache gleichzeitig rechts überholen will, dann kann doch die Antwort nur sein: H.-C. Strache, wir wünschen Dir Erfolg bei der Wahl.

Neue Geschlossenheit

EHRENPARTEIOBMANN MAG. HILMAR KABAS

Sehr geehrter Herr Bundesparteiobmann, meine sehr geehrten Damen und Herren, unser heutiger Festredner hat einen Wunsch geäußert. So schnell können Wünsche wahr werden. Kaum hat unser Festredner Dr. Alexander Götz die Einigkeit des Dritten Lagers beschworen, wird ihm dieser Wunsch auch schon erfüllt. Und zwar von keinem Geringeren als seinem Nachfolger im Amt, dem lange in unseren Reihen vermissten Dr. Steger. Lieber Norbert, ich danke Dir für Deine guten Wünsche!

Ich selbst hatte ja nur kurz – nicht einmal einen Monat lang – Gelegenheit, die Agenden der Partei zu leiten, und es war eine sehr unangenehme Situation. Eine Situation, auf die ich noch kurz zu sprechen kommen werde. Eigentlich hätte es zu solchen Situationen – nach den Erfahrungen, die wir von 1949 an immer wieder machen mussten, gar nicht mehr kommen dürfen. Denn die FPÖ wurde ja, folgt man dem Buch von Dr. Kurt Piringer „Die Geschichte der Freiheitlichen“, auf den Trümmern des VdU gegründet und aufgebaut. Jener Gruppierung, die wegen der immensen Spannungen und Streitigkeiten sang- und klanglos untergegangen ist. Daher konnte man dann viele Jahrzehnte lang nach außen eine große Geschlossenheit der Freiheitlichen Partei beobachten.

Die Streitereien, die dieser Neugründung vorausgegangen waren, stellten eben den Schaden dar, aus dem man für eine Weile klug wurde. Wohin die Zwietracht geführt hat, das haben die Männer, die dann die FPÖ gegründet haben, als traumatisches Erlebnis erfahren und haben die Einheit dieser Partei mit starker Hand sehr lange hergestellt. Schauen wir uns die Mandatsentwicklung an: 1949 stieg der VdU mit 16 von – damals – 165 Mandaten ein. 1953, da waren schon die ersten Spannungen aufgetreten, sank der Mandatsstand auf 14 Sitze. Schließlich



Mag. Hilmar Kabas (interimistischer BPO vom 4. April 2005 bis 23. April 2005 und Ehrenobmann der FPÖ seit dem 27. o. Parteitag in Salzburg – 23. Mai 2005): Retter in höchster Not.

kam das Aus für den VdU, die Neugründung der FPÖ und einen Monat nach der Neugründung der FPÖ waren Nationalratswahlen, bei denen die neue Partei sechs Mandate erreichen konnte. Daran kann man ersehen, wo innerparteiliche Streitereien hinführen.

Wahrscheinlich war der VdU zu heterogen und waren auch die Persönlichkeiten zu divergent. Selbst die neugegründete FPÖ, das geht schon aus der Mandatszahl hervor, musste hart ums Überleben kämpfen. Einerseits wurde sie schon damals ins Ghetto gestoßen, andererseits brachte die Große Koalition sie als Druckmittel gegeneinander in Stellung. Als Instrument dieser Drohgebärde dienten sich die Medien gerne an. Daran hat sich bis zum heutigen Tag nichts geändert. Dr. Götz hat schon gesagt, dass wir an sich immer wieder eine Gesprächsbasis mit der ÖVP hatten. Nur – und Piringer stellt es in seinem Buch dar – die ÖVP hielt nie ein, was sie uns versprochen hatte oder was abgesprochen gewesen war.

Ganz charakteristisch dafür, wie die ÖVP uns gegenüber eingestellt war und ist, sind zwei Aussprüche von Julius Raab. Im Jahre 1956, nach der Nationalratswahl, in der unser Lager von 14 auf 6 Mandate zurückgefallen war und die 8 verlorenen Mandate zur ÖVP gegangen waren, fehlte Julius Raab nur ein einziges Mandat zur absoluten Mehrheit. Deshalb pflegte er in Richtung FPÖ zu sagen – und auch das können Sie im Piringer Buch nachlesen: „Wenn i an brauch, kauf i ma an aus der FPÖ.“

Allerdings war das Wunschdenken, weil es nie dazu gekommen ist. Dazu möchte ich etwas aus meiner persönlichen Erfahrung und aus meiner persönlichen Perspektive anmerken, obwohl ich weiß, dass das sicher nicht alle teilen: Ich sage, dieser Spruch von Julius Raab hatte keine Geltung, keine Gültigkeit bis ins Jahr 2002. Erst der achte Nachfolger Julius Raabs hat dieses abschätziges Zitat gegenüber der FPÖ auch tatsächlich umgesetzt. Eine ganze Führungsebene der FPÖ brach damals weg, warf ihre Verantwortung über Bord und ging dann anderswo luxuriös vor Anker. So etwas darf nie wieder geschehen. Und gerade unser Bundesobmann ist Garant dafür, dass das nie mehr wieder passiert.

Raabs weitere Strategie gegenüber der FPÖ gipfelte in dem Satz: „Die FPÖ werd' ma inhalieren.“ 2005 glaubte der achte Nachfolger Julius Raabs, der damalige ÖVP-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, mit Hilfe Haider soweit zu sein. Aber er hat sich geirrt. Haider machte nach 14 Jahren des Erfolges einen entscheidenden Fehler. Er unterlag einer strategisch-taktischen Fehleinschätzung. Er glaubte, und hier zitiere ich ihn wortwörtlich, „die Marke ‚Freiheitlich‘“ sei „irreparabel beschädigt“, und wollte sich, auch ein Ausspruch, „von Altlasten befreien“. Er wollte eine neue andere, junge, flotte, ideologielose – seine Partei – gründen. Und zugleich die FPÖ zerstören. Heraus kam eine orange Missgeburt, die auf keinen Fall, und dessen bin ich mir gewiss, die Einigkeit des Freiheitlichen Lagers gefährden wird. Spätestens am 1. Oktober werden wir das sehen.

Im April 2005, nach der Abspaltung, konnte die FPÖ deshalb als Partei weiter arbeiten, trotz des Schuldenbergs, der hinterlassen wurde, trotz aller Querschüsse, trotz aller Versuche, sie zu

destabilisieren und zu vernichten, weil wir alle zusammenhielten und zusammengestanden sind, und dafür möchte ich Euch allen wirklich herzlich danken.

Ich glaube, wir haben wirklich verstanden, dass eine Partei dann gefährdet ist, wenn sie, so wie es ab 2000 der Fall war, ein derart zerstrittenes Bild bietet. Und wir haben verstanden, dass wir uns einer jahrzehntelangen Tugend der FPÖ wieder besinnen müssen – nämlich der, nicht in der Öffentlichkeit zu streiten. Ich glaube, zu dieser Tugend sind wir nach diesem Schock wieder zurückgekehrt. Auch ich hoffe, dass die Einsicht viele Jahrzehnte anhalten wird.

Wir konnten damals im April 2005 innerhalb von drei Wochen eine neue Führung und einen neuen Bundesparteiohmann wählen. Die FPÖ ist die FPÖ geblieben. Gegen alle sonstigen Vermutungen von Innenminister, Innenministerium, irgendwelchen „Fachleuten“, die FPÖ ist nach wie vor die FPÖ. Wir sind die FPÖ.

Erlauben Sie mir, in diesem Punkt an Dr. Götz anzuknüpfen. Wir treffen uns inhaltlich, wenn er sagt, regieren ist schön, ist wichtig. Natürlich muss eine politische Partei auch bereit dazu sein. Sie darf nur dann, wenn sie in der Regierung ist, ihre Grundsätze nicht vergessen. Niemals darf sie ihre Grundsätze aufgeben! Weil sie unglaubwürdig wird. Die FPÖ ist ab April 2005 wieder zu ihren Grundsätzen und ihren Werten zurückgekehrt, denn es ist wichtig, dass diese so in der Politik vorhanden sind, eingebracht und behandelt werden. Gerade – und das ist eine Zukunftsfrage nicht nur Österreichs, sondern eigentlich Europas – die Frage der Migrationsbewältigung, des Einwandererproblems, der Ausländerproblematik. In diesen drängenden Schicksalsfragen hat die FPÖ seit vielen Jahren, wenn auch mit Unterbrechungen, als einzige erkannt, dass da vieles falsch läuft, dass die so genannten politischen Eliten in Österreich und in Europa in diesem Bereich schwere Fehler machen. So ist es eine wichtige Zukunftsfrage und daher eine wichtige Aufgabe der FPÖ, diese Probleme zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion zu machen.

Wir sind die einzige Partei, die rechts der Mitte steht und auch inhaltlich politisch danach handelt. Und das ist wichtig in unserer Gesellschaft, damit es eben ein politisches Gleichgewicht gibt, aber auch brisante Themen aufgegriffen werden. Das Ausländerproblem, und das ist jetzt keine Monomanie von uns, hat bereits alle Lebensbereiche erreicht. Man kann sagen vom Kindergarten, über den Schulbereich, Arbeitsmarktbereich, den Sozial-, Krankenversicherungsbereich, Sicherheitsbereich und so weiter – und es ist wichtig, dass man sich ohne Scheuklappen und ohne Maulkorb mit diesen Problemen auseinandersetzt. Denn wir Freiheitliche treten für den Erhalt unserer Heimat ein, unserer Kultur, unserer Ethnie, unserer Identität – und das mit aller Kraft.

Lassen Sie mich eine „unverdächtige“ Stimme zitieren, nämlich die türkischstämmige Publizistin Frau Professor Dr. Necla Kelek aus Deutschland. Sie sagt: „Eine Kultur überlebt nur, wenn sie für ihre Werte und Überzeugungen steht und Zuwanderer verpflichtet, sich der Kultur des Zuwanderungslandes anzupassen.“ Das sei unseren Multikulti-Fanatikern ins Stammbuch geschrieben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gilt, diese Erkenntnis umzusetzen. Derzeit läuft es in Europa und Österreich aber genau umgekehrt und das seit vielen Jahren. Aber die Frage ist gestellt. Daher geht es um entscheidende Weichenstellungen. Klare Vorstellungen und Antworten sind gefragt. Die FPÖ ist bereit, und mit Hilfe des Wählers hat sie auch die Kraft dazu, eine Politik für Österreich und für ein wohlverstandenes Europa der Vaterländer zu machen. Die FPÖ ist heute notwendiger denn je. Ich bin überzeugt davon: auch in den nächsten 50 Jahren.

Das Ende der schwarzen Flecken

BUNDESPARTEIOBMANN HEINZ-CHRISTIAN STRACHE

„Das Geheimnis des Glücks – die Freiheit. Die Voraussetzung der Freiheit aber ist der Mut.“ Ein großer Satz. Ausgesprochen, niedergeschrieben vor gut 500 Jahren vor Beginn unserer Zeitrechnung, in der Geburtsstunde der Demokratie im alten Athen. Und so trefflich formuliert von jenem Mann, der als Begründer der demokratischen Staatsform in die Geschichte eingegangen ist, nämlich vom großen Perikles. Mut zur Freiheit war es auch, der am Beginn der Geschichte unserer Partei, unserer FPÖ gestanden ist. Denn in diesem Geiste, beseelt von einer lebendigen Tradition – und zwar mit einer Tradition, die bei uns ins Jahr



BPO H.-C. Strache (BPO seit 2005), Brückenbauer zwischen den Generationen und Mann der Zukunft

1848 zurückreicht –, haben unsere Gründerväter vor 50 Jahren einen Grundstein gelegt. Mit dem Mut zur Freiheit haben sie begonnen, nach Krieg und Zerstörung, ihrer Ideologie und ihrer Überzeugungen gemäß eine neue institutionelle Heimat, ein Haus, zu errichten. Ein festes Haus, das bis zum heutigen Tag, und weit darüber hinaus, der einzig legitime Wohnort all jener ist, die die Freiheitliche Gesinnung in ihrem Herzen tragen und sich zu Recht unsere Gesinnungsfreunde nennen. Das Haus der Freiheitlichen Partei Österreichs, der FPÖ, und ich sage es offen und aus vollem Herzen, darf ein echter Freiheitlicher nicht verlassen, ja mehr noch: ein echter Freiheitlicher ist nur der, der sich in diesem Haus der FPÖ auch engagiert und nirgendwo sonst. Das ist unsere Einzigartigkeit. Wir sind seit 50 Jahren Bestandteil der Zweiten Republik, und die Freiheitliche Partei hat hier bei uns ihr Zuhause und wir in ihr.

Es ist mir eine große Ehre, und ich werde dieser Verantwortung und dieser Ehre gerecht werden. Auch wenn ich diese Verantwortung einmal, sobald die Zeit gekommen ist, in andere Hände legen werde, so werde ich doch weiterhin dieser unserer freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft zur Seite stehen – egal in welcher Funktion.

Auch möchte ich mich hier und heute bei Ihnen allen herzlich bedanken, geschätzte Festversammlung. Von der Geschichte dieser Republik zu sprechen, ohne dabei in einem Atemzug auch von unserer FPÖ zu sprechen, ist eine Verkürzung, Verdrehung und Verfälschung der Geschichte, denn wir hatten immer staatspolitische Verantwortung getragen und gelebt. Egal, wo der Wähler sie habe wollte, die FPÖ hat im Lauf der Jahrzehnte ihre Verantwortung für das Ganze des Staates, für die Demokratie als solche und für das Wohl unserer Heimat und ihrer Menschen bewiesen und ins Zentrum ihres Bemühens gestellt. Und selbst da, als wenige ihre mitunter flachen Wurzeln gekappt und Verrat an ihr begangen haben, war uns, die wir geblieben sind, das Bewusstsein unserer Verantwortung der sichere Kompass für den richtigen Weg.

Die FPÖ ist eine staatstragende Partei seit ihrer Gründung und bis heute immer eine staatstragende Partei gewesen. Und gera-

de, wenn man den Blick auf die aktuellen Ereignisse im Vorfeld des 1. Oktober richtet, ist die Behauptung nicht übertrieben, dass dieses Verantwortungsbewusstsein bei uns Freiheitlichen weit ausgeprägter ist als bei manch anderen, die nur allzu gerne dem Versuch erliegen, das Wohl der Republik mit dem der eigenen Partei zu verwechseln.

All das kennen wir auch aus unserer Parteigeschichte. Und es hat mir vorhin ein Altvorderer zwei Zettel zugesteckt, eine Werbung der Wahlgemeinschaft von VdU, Parteilosen und FP, und da steht: „Hört die Sprecher der Freiheitlichen Wahlgemeinschaft: Nationalrat Dr. Herbert Kraus, Vizebürgermeister Dr. Alfred Molli, Stadtrat Rachbauer bei einer Versammlung am 14. Oktober 1955 in Urfahr.“ Und auf einem weiteren Flugblatt liest man: „Du hast trotz wirtschaftlicher Hochkonjunktur noch Sorgen? Du bist durch den Gesinnungsterror der beiden Koalitionsparteien in deiner persönlichen Freiheit behindert? Du willst, dass Österreich wieder ein Rechtsstaat wird, in dem jeder Staatsbürger vor dem Gesetz gleich ist? Du forderst, dass alle öffentlichen Stellen nach der Leistung und nicht nach dem Parteiproporz vergeben werden?“ Datiert ist das Flugblatt mit 23. Oktober 1955, und man glaubt, es hat sich nicht viel verändert in unserem Land. Ja, wir sind heute genauso wichtig wie damals. Es braucht die Freiheitliche Partei Österreichs.

Es ist aus diesem unserem Selbstverständnis heraus für uns Freiheitliche gleichgültig, ob uns der Souverän einen Platz in der Opposition zuweist oder in der Regierung. Überall werden wir unsere Aufgabe im Interesse der Bevölkerung erfüllen, denn niemals darf Regierung oder Opposition bloßer Selbstzweck sein. Beides ist nur das Mittel zu jenem großen Zweck, den Perikles letztlich zusammengefasst hat im Begriff des Glücks des Menschen, – des Bürgers in seiner edelsten, weil nicht hedonistisch-egoistischen und ignoranten Ausprägung, und das muss auch uns immer wieder im Bewusstsein stehen: dass wir Sicherheit, Zufriedenheit und Freiheit gewährleisten müssen als Grundlagen der Selbstverwirklichung des verantwortungsbewussten Menschen. Das ist unsere Aufgabe, der Zweck, dem wir zu dienen haben, dessen Mittel die Politik ist.

Ob Regierung oder Opposition, beides, und das zeigt unsere Geschichte – bis auf einige im wahrsten Sinne des Wortes schwarze Flecken in unserer Geschichte, mit denen wir aber sehr schnell ins Reine gekommen sind. Beides haben wir als ehrenvolle Aufgabe im Dienste unserer Heimat, im Bewusstsein unserer Pflicht gegenüber den Österreichern auch immer gelebt und wollen wir leben – ob in den Gemeinden, auf Landes-, Bezirks- oder Bundesebene, auf Ebene der Europäischen Union.

Es war der Stachel der unbändigen Freiheitsliebe, es war die Begeisterung für die gerechte Sache, es war das uneingeschränkte Bekenntnis zu den Österreichern und zu dem, was Heimat bedeutet, und es war die visionäre Kraft unserer Ideen, die uns vorangetrieben und das System verändert haben. Und dieser Drang, den man auch Mut zur Freiheit nennen kann, wird bei uns immer stärker sein als die Versuchung der Trägheit und die Verlockung der Macht.

Und das kann ich Euch heute hier geloben: das müssen wir aus unserer jüngeren Geschichte gelernt haben, dass wir niemals mehr den Verlockungen der Macht erliegen – das gelobe ich hier und heute an unserem Fest- und Ehrentag, geschätzte Festgäste!

Es gibt keine Zukunft ohne Vergangenheit und genauso gibt es keine Zukunft ohne Werte. Beides sind die Seiten ein und derselben Medaille. Denn es ist die gelebte Tradition mit ihrem Inhalt, die die Brücke zwischen den Zeiten zu schlagen vermag. Zukunft ohne Werte ist für unsere FPÖ gleichermaßen unvorstellbar wie für das Gemeinwesen, in dem wir leben und das wir nicht bloß verwalten, sondern schöpferisch gestalten wollen. In unseren Werten Freiheit, Selbstbestimmung, Heimat, Familie oder Sicherheit haben wir Freiheitliche den Maßstab dafür, gesellschaftliche Entwicklungen zu beurteilen und wirklich tragfähige politische Antworten für die Zukunft der Menschen in diesem Land zu geben. Diese Werte sind alles andere als alt oder überlebt, auch wenn manche, die die Ideologielosigkeit und Gesinnungslosigkeit selbst zur Ideologie machen wollen, uns dies vorzugaukeln versuchen.

Nein, unsere Werte sind weder alt noch jung. Sie sind zeitlos. So zeitlos, dass man ihnen immer wieder die große Bedeutung geben muss, und wir dürfen diese Bedeutung auch niemals vergessen. Diese Werte sind ein wichtiger Auftrag. Ein Auftrag der Geschichte an unsere Freiheitliche Partei, an ihre Mitglieder, Funktionäre und Mandatäre. Dazu gehört auch eine Aufgabe, die wir mit unserer Bildungsakademie sicherzustellen haben, nämlich die, unseren Mitgliedern das Wissen mitzugeben, woher wir kommen und wohin wir wollen. Wie es auch Alexander Götz gesagt hat: Ein Ziel kann man nur dann bestimmen, wenn man weiß, woher man kommt, welche Geschichte man hat, eben was hinter dem Ziel steckt, das man erreichen möchte. Denn ohne ein solches Rückgrat verlässt man beim ersten Gegenwind die eigene Gesinnungsgemeinschaft, weil man nie mitbekommen hat, wofür denn die Vorfahren gestanden sind. Werte sind für uns nichts, was man einfach abstreifen, ersetzen oder ablegen könnte wie einen Mantel, der aus der Mode gekommen ist, und den man weglegt, weil einem die Farbe nicht mehr gefällt und dann einfach durch einen anderen ersetzt. Und genauso waren sie damals vor 50 Jahren, am Beginn der Freiheitlichen Partei, nicht etwas, was wegzulegen ist und was man heute als überholt bezeichnen könnte. Nein. Unsere Vorgänger hatten die selben Ideale im Herzen. Und sie haben nach ihnen gehandelt und sind ihrem Auftrag gefolgt, und genauso werden es auch unsere Nachfolger in den folgenden 50 Jahren der Geschichte unserer Partei tun, wie wir heute hier wieder sicher gestellt haben.

Denn die Auseinandersetzung mit Freiheit und Gerechtigkeit, um Heimat, um Sicherheit ist längst noch nicht abgeschlossen. Ganz im Gegenteil. Sie hat im Laufe der Zeit neue Dimensionen erhalten, und vieles von dem, was wir als Freiheitliche historisch schon erreicht hatten, ist wieder gefährdet.

Denken wir nur an die gesamteuropäische Frage. Ja, wir waren immer eine Europapartei. Aber die gesamteuropäische Frage ist auch für Österreich heute eine Schicksalsfrage angesichts der Fehlentwicklung Europas zu einer zentralistischen Union. Und die Diskussionen um einen Unionsbeitritt der Türkei oder

auch die Diskussionen um eine zentralistische Verfassung lassen sich nicht zureichend führen, wenn man nicht an der Oberfläche kratzt und eine Diskussion um das Wertesystem anzettelt.

Es ist für uns Freiheitliche unvorstellbar, dass alles, was identitätsstiftend ist für unsere europäische Tradition, einfach weggewischt werden soll, als wischte man mit einem nassen Schwamm über eine voll geschriebene Tafel, während jene, die Widerstand leisten wie wir unter den Hammer der Political Correctness kommen sollen.

Oder denken wir nur an all die anderen politischen Herausforderungen im Zusammenhang mit Heimatidentität und Nation. Denken wir daran, dass man unsere deutsche Sprache und Kulturnation immer wieder veruntreuen will und wollte. All das wollen wir nicht zulassen und hier sind wir Freiheitliche gefordert und gefragt. Etwa auch in der Frage der Zuwanderung – und hier viel tiefergehend zu argumentieren, als es andere machen, die sich nur an Wirtschaftsdaten orientieren, was dazu geführt hat, dass der Markt zunehmend das Wertgefüge ersetzt. Die Zuwanderungsfrage ist nicht nur, sondern vor allem eine Frage der Werteorientierung einer Gesellschaft, und genau hier verlaufen die Bruchlinien, die den Frieden und das Miteinander in unserer Gesellschaft gefährden können. Oder denken wir an gesellschaftspolitische Weichenstellungen, wie wir sie in der Diskussion rund um den Stellenwert der Familie oder beim Thema des Schutzes des Lebens in Zukunft zu führen haben werden. Auf all das gaben wir Antworten, die wirklich tragfähig sind und die nicht schon bei der ersten Prüfung zerbröseln.

Wir brauchen ein starkes Fundament in einer komplexen Welt, ein klares Menschenbild, eine klare Wertordnung, Haltungen die sich aktuellen Strömungen eben nicht vorschnell beugen. Das muss unsere Ausrichtung sein. Nur so können wir gegen den Wind des Zeitgeistes erfolgreich antreten, der auch durch diese unsere Republik weht. Als Toleranz stellt er sich gern groß und weltmännisch vor, doch der Schein trügt.

Wenn man genauer hinhört, erweist sich diese Art von Toleranz bald als das, was sie in Wahrheit ist: nämlich als neue gefährliche Ideologie der Gleichgültigkeit, der völligen Beliebig-

keit, ja als erneuter Versuch der Umwertung aller Werte und des Bruchs aller Tabus um des Bruchs Willen. Sie geht Hand in Hand mit einer Entwicklung politischen Handelns, das nur mehr dem Gesichtspunkt einer kalten, technokratisch interpretierten Nützlichkeit folgt, aber nicht mehr dem Menschsein in der Gemeinschaft und der damit im Zusammenhang stehenden gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, wie sie einer wehrhaften Zivilisation würdig ist. Hier müssen wir unser freiheitliches Programm der Werte entgegenstellen – klar und unverwaschbar. Heruntergebrochen in jeden einzelnen Lebensbereich mit Antworten für jedes Feld der Politik. Das ist nicht mehr und nicht weniger als das Unternehmen, sich der Krise, die sich in zunehmender demokratischer Verweigerung ausdrückt, entgegenzustemmen, indem man versucht, Sinn zu stiften. Die Menschen sind offen dafür, weil sie das andere Modell der Gleichgültigkeit als Verlierer allein zurücklässt. Sie suchen nach dem Sinn im Leben. Und genau daher besteht auch die Unterscheidbarkeit der FPÖ zu allen anderen politischen Mitbewerbern, die heute austauschbar geworden sind. Die sich heute nur mehr in ihren Parteifarben voneinander unterscheiden, aber nicht mehr inhaltlich. Und diese Entwicklung mündet darin, dass viele in den Sog dieser Gleichgültigkeit geraten, und gerade deshalb immer mehr zu einer orientierungslosen Masse werden.

Geschätzte Festgäste, es heißt zwar: das Tun interessiert und das Getane nicht, aber Tun und Getanes bilden bei uns eine untrennbare Einheit, so wie wir hier und heute an diesem Festtag zu einer Einheit der Generationen zusammen gekommen sind. Der Blick zurück und das Gedenken ist deshalb immer auch zugleich ein Blick nach vorne. Uneingeschränkter Mut zur Freiheit und das Bekenntnis zur Tradition stehen am Anfang unserer Geschichte. Mit uneingeschränktem Mut zur Freiheit und dem Bekenntnis zur Tradition haben wir die schwersten Zeiten gemeinsam überstanden und sind gestärkt aus ihnen hervorgegangen. Und mit uneingeschränktem Mut zur Freiheit und dem Bekenntnis zur Tradition haben wir gerade im letzten Jahr eine Renaissance der FPÖ erlebt und eingeleitet, die noch längst nicht zu ihrem Ende gekommen ist. Diese Renaissance der FPÖ

war eine Renaissance ihrer alten Tugenden und Werte, die für einige Momente der letzten 50 Jahre aus der ersten Reihe gedrängt werden konnten. Sie haben sich ihren Platz in der ersten Reihe wieder zurückerobert, und es liegt jetzt an uns, dafür Sorge zu tragen, dass sie diesen Platz in den nächsten 50 Jahren behalten. Davon wird unsere FPÖ genauso profitieren wie unser geliebtes Heimatland Österreich. Glück auf!



Zwei Generationen, zwei Wege, eine Partei. HC Strache und Norbert Steger im Gespräch.

Die Partei für ganz Österreich – ein Oberösterreicher an der Spitze

LANDESPARTEIOBMANN A. D. DR. HANS ACHATZ,
50-JAHR-FEIER FPÖ IN LINZ AM 17. NOVEMBER 2005

APA-Mitteilung vom 4. November 1955:

„Die Freiheitliche Partei Österreichs gibt bekannt:

In Wien fand in Anwesenheit der Vertreter aller Länder die Vollsitzung des Bundesproponentenkomitees der durch die Einnigung der Gruppen und Verbände im Bereich der dritten Kraft gebildeten Einheitspartei statt. Die neue Partei hat sich unter dem Namen „Freiheitliche Partei Österreichs – FPÖ“ konstituiert.“

Der Mettmacher Anton Reinthaller riß als erster Bundesobmann die Grenzen in den Köpfen der oft miteinander verfeindeten Exponenten des Dritten Lagers nieder. Er dachte für ganz Österreich.

Fünfzig Jahre freiheitliche Politik für Österreich und fünf Fragen

Fünfzig Jahre freiheitliche Politik für ganz Österreich sind zu feiern, fünf Fragen sind zu stellen:

- Frage 1: Warum wurde diese unsere Partei gegründet?
- Frage 2: Warum ist sie so lange nicht vom Fleck gekommen?
- Frage 3: Warum ist sie nach 1986 so fulminant aufgestiegen?
- Frage 4: Was hat ihren Fall verursacht?
- Frage 5: Was muss sie tun, um ihre Notwendigkeit zu begründen und wieder gewählt zu werden?

Nach der oben zitierten Aussendung der Austria Presse Agentur vom 4. November 1955, auf den Tag genau 49 Jahre und fünf

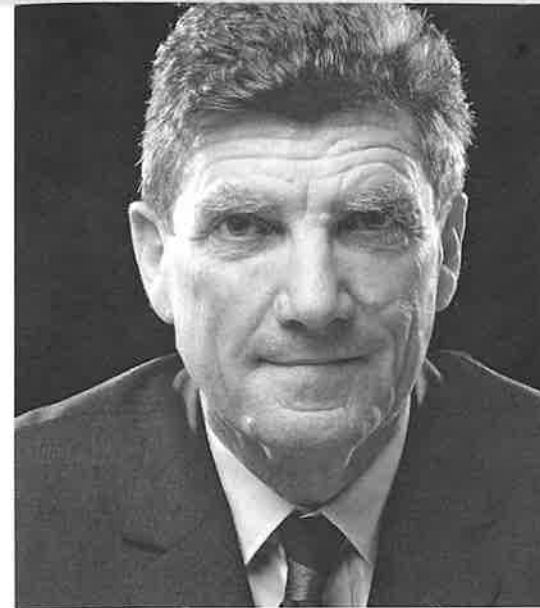
Monate später, am 4. April 2005 setzten der Sohn und die Tochter eines der Gründungsväter mit ihrem Bündnis einen Akt, der das Ende hätte einläuten sollen: Das Ende der Partei, für die der Vater sein Leben lang gekämpft hatte, wie Ihr und alle jene, die ihr vor 50 Jahren beigetreten sind. Beigetreten – obwohl viele sich noch 10 Jahre vorher, 1945, nach Krieg, Not und Verzweiflung geschworen hatten: Nie wieder Partei, nie wieder Politik.

Die Menschen haben den schwarz-roten Proporz verachtet

Sie sind der FPÖ beigetreten, weil sie für die deutsche Volks- und Kulturgemeinschaft einstanden und gegen das System der Unfreiheit, das der schwarz-rote Proporz wie ein Netz über das Fühlen und Denken der Menschen zog und allem und jedem eine parteipolitische Kategorie zumaß. Vom Kind bis zum Greis, vom Autofahrer bis zum Segelflieger, vom Ruderer bis zum Bergsteiger, vom Rettungsmann bis zum Sicherheitsbeamten, alles war in Rot und Schwarz eingeteilt. Die Menschen haben dieses System nicht geschätzt, sich aber dennoch mit ihm abgefunden, weil sie niemandem zutrauten, es wirklich zu ändern. Auch nicht den Freiheitlichen, über die langen Jahre nicht. Dazu waren wir zu sehr um Anerkennung bemüht, um Anerkennung durch jene, die die Macht hatten, dazu waren wir zu sehr auf Posten aus, was dazu führte, dass wir mit den Jahren zwar eine Position um die andere gewannen, aber eine Wahl um die andere verloren. Ein Landesschulratspräsident, ein Landtagspräsident, Aufsichtsräte in den öffentlichen Unternehmungen, Landesschulinspektor, Rechnungshofpräsidenten, das war oft nichts anderes als die Beute eines politischen Kuhhandels – von den Verantwortlichen in der Partei als Notwendigkeit angesehen, vom Wähler unverstanden.

Arbeit nur selten belohnt

Erst Alexander Götz erzielte 1978 nach fast 20 Jahren sinkender Tendenz einen nennenswerten Zugewinn, weil er in der Lage



Dr. Hans Achatz
(Landesparteiobmann von Oberösterreich zwischen 4. April 1992 bis 18. September 2002), Initiator der 1. OÖ Volksbefragung („Opern-Volksbefragung“ 26. November 2000) und – gemeinsam mit Hilmar Kabas – des Temelin-Volksbegehrens (14.–21. Jänner 2002, 917.000 Unterschriften).

war, Dinge beim Namen zu nennen. In Oberösterreich konnten wir schon 1979 nicht mehr nachziehen, trotz aller Bemühungen und größten Einsatzes. Günstigenfalls wurde die Arbeit in den Gemeinden honoriert. Deshalb sahen die Gemeinderatsergebnisse auch immer besser aus. In Ausnahmefällen wurden auch Ausnahmeerscheinungen zu Bürgermeisterern gewählt. Wir erinnern uns an einige frühe: in Fillmannsbach und Moosbach, Geinberg, Lambrechten, Mehrnbach, St. Marienkirchen a.H. und St. Martin, in Tumeltsham, Mondsee, Roitham, St. Pankraz, Krenglbach, Steinhaus und Weißkirchen, Fraham, Gallspach und Gaspoltshofen und Saxen. In anderen Orten wurden die besten Ideen unserer Funktionäre erst verworfen und sich oft nur wenig später in leicht veränderter Form von Rot und Schwarz auf die Fahnen geheftet.

Die Abgeordneten in den Parlamenten leisteten gute Arbeit. Das Volk hat das nur selten wahrgenommen. Zum wievielten Male haben wir das alle gehört: „Ihr habt ja recht, aber warum sollen wir Euch wählen? Ihr seid um keinen Deut besser als die anderen und würdet es genau so machen, wenn Ihr an der Macht wärt.“

Erster Regierungseintritt

Die Wahl von Hannes Androsch zum CA-Generaldirektor erhärtete dies. In den Augen vieler war die Versorgung des geschaßten Finanzministers der geforderte Beweis, daß die FPÖ bereit war, sich den unsauberen Spielarten österreichischer Politik anzupassen, und eine Vorleistung auf die kleine Koalition. Sie vernichtete den Bonus, den Norbert Steger für die Aufklärung des AKH-Skandals erworben hatte. Den Eintritt in die Regierung trotz eines Verlustes von 50.000 Stimmen bei der Nationalratswahl 1983 empfanden viele der abhanden gekommenen Stammwähler als Bestätigung ihres Wahlverhaltens. Wieder wurden Wahlen verloren, auch die oberösterreichischen, Kärnten ausgenommen. Am Schluß der von den Sozialisten beendeten rot-blauen Koalition lagen wir in den Meinungsumfragen unter der statistischen Wahrnehmbarkeitsgrenze. Es mußte wieder einmal etwas geschehen. Es geschah von Oberösterreich aus. In Innsbruck.

Versuche, es anders zu machen

In Oberösterreich machten wir es anders. Bei meinem Eintritt in den oberösterreichischen Landtag 1984, noch vor der Haider-Ära, habe ich es abgelehnt, mich als Richter freistellen zu lassen. Getreu der freiheitlichen Losung, dass Abgeordnete einen anständigen Beruf ausüben sollen, arbeitete ich weiter als Richter. Ich war der erste Abgeordnete Österreichs, der sich von seinem öffentlichen Dienst nicht suspendieren ließ und wurde dafür im Landespartei Vorstand sogar gerügt. Friedrich Peter meinte, das arbeitslose Einkommen von Lehrern und von Beamten als Politiker sei eine Art Subvention des Staates an die Parteien. Ich müsse mich entscheiden: Politik oder Beruf. Damit hatte der sonst so Verdienstvolle die Zeichen der Zeit hoffnungslos verkannt.

Als hauptberuflicher Klubobmann in der Nachfolge von Horst Schender mußte ich mich schließlich freistellen lassen, weil ich mein Richteramt nicht mehr ausüben konnte. Selbstverständlich verzichtete ich auf mein Richtereinkommen. Das war vor-

her auch bei freiheitlichen Abgeordneten nicht üblich. Karin Praxmarer klagte sogar bei Gericht, um auf ihr arbeitsloses Einkommen verzichten zu können. Andere kassierten weiter. So von allen guten Geistern verlassen war damals die Politik und so weit vom Volk entfernt.

Mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit, mehr Sparsamkeit Ende der ungezügelten Zuwanderung

Das war ein weites Betätigungsfeld für Jörg Haider. Er nutzte es weidlich und führte uns in Höhen, von denen wir glaubten, dass wir sie verdienten, weil wir immer schon die richtigen Antworten auf die Fragen der Zeit hatten. Endlich gaben uns die Leute nicht nur recht in unseren Vorschlägen und in unserer Kritik, sie begannen auch, uns in zunehmendem Maß zu wählen. Sie begannen, uns zu glauben, dass wir durchziehen, was wir ankündigen.

Die Angst der Großparteien hieß Haider. Unsere bloße Existenz unter seiner Führung schaffte die Beseitigung der Politikerpensionen, der arbeitslosen Politikereinkommen und sonstige massive Abstriche bei Politikerprivilegien. So kürzte man die Gehälter der oberösterreichischen Landesräte um fast 30.000 Schilling monatlich durch die Streichung von Wohnungs- und Fahrtkostenpauschale. Letztere waren selbst bei Inanspruchnahme von Dienstwagen mit Chauffeur ausbezahlt worden. Kein Mensch hat das verstanden. Auf Dienstwägen haben freiheitliche Landes- und Stadträte in Oberösterreich künftig verzichtet. Die Grünen nehmen heute noch Dienstwägen in Anspruch. Für Rot und Schwarz versteht sich das von selbst.

Wir wollten das System der Selbstbedienung für Polit-, Kammer- und Gewerkschaftsfunktionäre überwinden, die Diktatur des Parteibuches, den Kammer- und Gewerkschaftszwang und die unbeschreibliche Geldverschwendung, die ganz Österreich beherrschte. Wir wollten mehr Freiheit und Gerechtigkeit und sparsamen Umgang mit dem hart Erarbeiteten.

Wir wollten – heute aktuell wie in den Neunzigern – ein Ende der schrankenlosen Zuwanderung mit ihrer unabsehbaren und

dramatischen Auswirkungen auf sozialem, kulturellem und religiösem Gebiet. Die Novemberereignisse in den Pariser Vorstädten, den Banlieues, haben uns in erschreckender Weise bestätigt.

Die Partei mit den höchsten Zugewinnen in Europa

Wir sind die Partei Europas, die in der Opposition die meisten Erfolge erzielt hat. Keine andere hat so viel gestaltet und vorangebracht wie wir. Die Menschen erhofften noch mehr von uns. Vor 1986 waren bescheidene Zugewinne die Ausnahme, nach 1986 waren es die kaum nennenswerten Verluste. Fast immer haben wir gewonnen. Angespornt von einem charismatischen Bundesparteiobermann waren wir ständig unterwegs, eilten von einem Sieg zum andern. Das ist und bleibt auch das unvergängliche Verdienst von Jörg Haider. Als die Chemiearbeiter in Linz gezwungen waren, das Weihnachtsgeld ihrem in die Krise geratenen Betrieb zu überlassen, haben alle oberösterreichischen Landtagsabgeordneten der FPÖ für fünf Jahre auf Gehaltserhöhung verzichtet. Niemand von den anderen Parteien ist dem gefolgt. Auch das war ein Schlüssel unserer Erfolge. Es gab aber nicht nur Grund zur Freude. In der Sache Lambach ist mir ein Einschätzungsfehler unterlaufen. Ich habe geglaubt, dass Energiepolitik in Oberösterreich rational geführt und ein sinnloses, weil unwirtschaftliches Kraftwerk nicht gebaut werden kann. Da habe ich mich getäuscht. Ich habe allerdings daraus gelernt, daß eine Partei, die sich so nachdrücklich wie die unsere auf das Volk beruft, nicht gegen die Meinung des Volkes regieren kann. Das war in Hinkunft ausschlaggebend für mein politisches Handeln. Das Volk gab mir damals eben nicht recht. Dennoch erreichten wir im Jahr 1997 das beste Wahlergebnis in der Geschichte unserer Landesgruppe. Das war unser aller Leistung, das war nicht die Leistung eines einzelnen.

1999 wurden wir in ganz Österreich die zweitstärkste Partei. Wir wären die stärkste geworden, hätten uns auch die Frauen im nötigen Ausmaß gewählt. Obwohl wir „lauter fesche Burschen“ waren, taten sie dies nur zu 21 Prozent. Wären es mehr

gewesen, dann hätten wir die Sozialdemokraten überflügelt. Bei den Arbeitern war dies schon gelungen. 42 Prozent der Arbeiter wählten 1999 freiheitlich und nur mehr 35 Prozent sozialdemokratisch. Wir waren die Arbeiterpartei neuen Stils. Das war ein Auftrag. Nicht im Sinne von Klassenkampf. Aber im Sinn von mehr Sparsamkeit, weniger Privilegien und mehr sozialer Gerechtigkeit – Prinzipien, die Christlichsoziale wie Sozialdemokraten hinter sich gelassen hatten. Bei den Wählern unter 30, also bei der Jugend unseres Landes, erzielten wir die Mehrheit. Bei den Freiberuflern lagen wir vorne. Das war die Ausgangslage bei unserem zweiten Regierungseintritt. Das waren Chancen! Sie kamen zu früh.

Hartes Erwachen in der Regierung

Um so härter war das Erwachen nach der blau-schwarzen Regierungsbildung im Jahr 2000. Schon die Arbeiterkammerwahl im April 2000 brachte uns den Verlust eines Drittels unserer Stimmen und Mandate. In Industriegegenden wie Linz, Steyr und Braunau wurden wir halbiert. Das war bereits drei Monate nach der Regierungsbildung. Mit Ausnahme der Vorarlberger Gemeinderatswahl verloren wir alle bedeutenden Wahlgänge. Das war für uns in Oberösterreich Grund genug gegenzusteuern.

Ich wollte unsere hart errungene oberösterreichische Position nicht aufgeben. Deshalb initiierten wir später die Opernvolksbefragung und darauf das Anti-Temelin-Volksbegehren. Vorerst ging der Abwärtstrend weiter. Die steirischen Landtagswahlen im Oktober 2000 brachten horrende Verluste. Dennoch handelten wir den Posten eines Landeshauptmannstellvertreters aus, als Leistung für die Wahl der Frau Landeshauptmann. Nach dem Wahlergebnis wäre er uns nicht zugestanden. Ein Rückfall in die alten Fehler.

Opernvolksbefragung

Zur Opernvolksbefragung vom 26. November 2000 brachten wir mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten zur Stimmurne. Es war

ein grandioser Erfolg mit dem klaren Ergebnis: Die Oberösterreicher sind nicht kulturlos, aber Großmannssucht und Geldverschwendung lehnten sie ab. Eine phantastische Leistung unserer gesamten Gesinnungsgemeinschaft, die selbst gegen innere Widerstände hart erkämpft werden mußte. Am Tag darauf rief mich die Vizekanzlerin an, um mir zu gratulieren: „Ihr habt den Beweis erbracht, dass wir wieder siegen können.“ In der tagebuchförmigen Chronologie „Österreichische Zeitgeschichte“ der Freiheitlichen Akademie fand die erste landesweite Volksbefragung in einem Bundesland allerdings keinen Niederschlag. Dafür Alfred Gusenbauer, weil er der Regierung die politische Legitimität abgesprochen hatte.

Weitere Niederlagen

Zwei Wochen später: Minus zwei Prozent bei der Burgenlandwahl. Vier Monat später die empfindliche Niederlage bei der Wiener Landtagswahl, obwohl sich Helene Partik-Pablé und Jörg Haider selbst in die Schlacht geworfen hatten.

Dies war für uns in Oberösterreich das letzte Alarmsignal, nicht wie ein Kaninchen vor der Schlange unsere Wahlniederlage abzuwarten. Deshalb starteten wir die nächste plebiszitäre Aktion, das Anti-Temelin-Volksbegehren. Am 10. Jänner 2002 warnte Schüssel in einem Brief Funktionäre: Wer das Volksbegehren unterschreibe, handle fahrlässig. Am 21. Jänner erhielt es 915.000 Unterschriften. Es rangiert damit an der dritten Stelle aller österreichischen Volksbegehren und war das erfolgreichste der Freiheitlichen Partei. Hätten sich damals alle Bundesländer so angestrengt wie Wien, Niederösterreich und Oberösterreich, wir wären weit über die Millionengrenze gekommen. Denn: Nur gemeinsam sind alle Bundesländer stark. Freilich war die Unterstützung der „Krone“ hilfreich. Wir hatten aber auch mit dieser – unserer – Aktion den Mitbürgern ins Herz geblickt und ihre Interessen genau getroffen. Bei Meinungsumfragen nach diesem Volksbegehren überholten wir die oberösterreichischen Sozialdemokraten und stießen auf den zweiten Platz vor. Im Bund legten wir zum ersten Mal nach Beginn der Regierungsbeteiligung

wieder zu, wieder deutlich über 20 Prozent, während wir sonst ab Beginn 2001 darunter lagen.

Opfer am Altar der Koalition

Auch dieser Erfolg wurde am Altar der Koalition geopfert, ungeachtet heiliger Schwüre unserer Spitzenpolitiker. Alle stimmten sie dem EU-Beitritt der Tschechen zu, obwohl die Benes-Dekrete nicht aufgehoben wurden und Temelin in Betrieb gegangen war. Gegen solchen Vertrauens- und Gesichtsverlust halfen alle positiven Aktionen unserer Regierungsmannschaft nichts: Wir haben das Kindergeld eingeführt, eine höchst notwendige Sache, die von Oberösterreich ausgegangen ist. Wir haben die Angleichung der Rechtsstellung von Arbeitern und Angestellten begonnen. Wir haben die Mitnahme der Abfertigungsansprüche bei Selbstkündigung geschafft, ohne dass dadurch die Wirtschaft belastet wird. Das waren wirkliche Erfolge, aber dem stand gegenüber, dass Rollstuhlfahrer vor dem Parlament gegen die Besteuerung der Unfallrenten protestierten, und die völlig verunglückte Ambulanzgebühr, die zigtausend Mitbürger irgendwann einmal ärgern sollte. Maßnahmen freiheitlicher Ressorts, bei denen die ÖVP im Hintergrund geschickt die Fäden zog. Schließlich wurden beide Gesetze vom Verfassungsgerichtshof größtenteils wieder aufgehoben und für nichtig erklärt. Für nichts und wieder nichts hatten wir uns in die Gefahr begeben, einen Großteil unserer Wähler – den „kleinen Mann“ – zu vergrämen.

Studiengebühren, Pensionskürzungen, Gaugg, die Abfangjäger und das Hochwasser

Dann die Affäre Gaugg: Geradezu glänzend, wie die ÖVP unseren berechtigten Wunsch nach mehr Mitsprache im Hauptverband der Sozialversicherungsträger, für den ja der freiheitliche Sozialminister einer der Hauptverantwortlichen war, ausnützte und uns die Rolle der Postenschacherer zuschob. Daß dabei viel freiheitliches Unvermögen mithalf, bleibt unstrittig. Schließlich das Spiel des Kanzlers, das Spiel Schüssels, alle unpopulären Maßnahmen wie z.B. Studiengebühren, Pensionskürzungen,

die Verweigerung der Mineralölsteuerrückvergütung der Bauern und den freiheitlichen Ministern in die Schuhe zu schieben. Jedenfalls dem Finanzminister. Deshalb gingen auch alle Bauernkammerwahlen verloren. Sogar die in Kärnten, obwohl Jörg Haider von Hof zu Hof eilte und die entferntesten Bergbauernhöfe aufsuchte. Verloren.

Schließlich die Abfangjäger. Die teuerste Variante wurde angeschafft. Da habe nicht nur ich mich gefragt, ob das alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Eines aber war sicher: Es fand gegen den Willen der Bevölkerung statt. Wer war dafür verantwortlich? Ein freiheitlicher Finanzminister und ein freiheitlicher Verteidigungsminister. Die Partei sank in ein Tief in der Wählergunst. Dann kam die Flut, das Hochwasser im Jahr 2002. Was man strich, waren nicht die Abfangjäger. Die beließ man, man strich die Steuerreform. Die Flugzeuge sollten gekauft werden, die Steuerentlastung für Arbeitnehmer und Wirtschaft, die konnte warten. So dachte man.

Knittelfeld

Wer war verantwortlich für die oben beschriebenen Zustände? Die Freiheitlichen. Das war der Grund für Knittelfeld. Im nachhinein ist man immer klüger. Ich würde heute manches anders machen als damals. Aber: Ich wollte niemanden vertreiben, ich wollte niemanden aus dem Amt jagen oder gar die „Regierung sprengen“. Das ist ja auch nicht geschehen. Ich wollte allerdings unsere Regierenden daran erinnern, sich an das zu halten, was sie versprochen hatten. Wir wollten sie dazu bewegen, nicht gegen den Willen der Bevölkerung zu regieren, wie sie es bei den Abfangjägern, bei Temelin und der Osterweiterung im Begriffe waren zu tun. Das war das Wollen der Knittelfelder Delegierten. Es nahm niemand mehr zur Kenntnis. Die Regierungsmannschaft war von den Medien seit Beginn unserer internen Auseinandersetzungen hochgejubelt worden, um Jörg Haider kaltzustellen. Das ist gelungen. Die Regie gelang. Sachliche Argumente verhallten ungehört. Die öffentliche Emotion war gegen uns. Sie schlug uns sogar bei Hausbesuchen entgegen. Der Zwist der Par-

teiführung war bis in die Familien gelangt. Der Rest ist bekannt. Schüssel nutzte die Gunst der Stunde. Und jene, die sich von uns verabschiedeten, taten dies auch.

Geschichte kann ein Mittel gegen Resignation sein

Die Regierungsbeteiligungen von 1983 und 2000 brachten uns an den Rand der parlamentarischen Existenz. Der ausschließlich liberale Kurs hat in Österreich – wie auch der ausschließlich nationale – auf Dauer keine Chance. Die gesellschafts- und wirtschaftliberalen Experimente müssen scheitern. Das hat Norbert Steger bewiesen, das hat Heide Schmidt bewiesen. Das hat jüngst Jörg Haider mit seinem BZÖ bewiesen – und sein Lebenswerk zerstört. Ein bedauerlicher Schlußpunkt.

Für uns geht es weiter:

Ziel ist die größtmögliche Freiheit der Menschen. Sie stößt immer dort an ihre Grenzen, wo sie das Wohl des anderen und die Existenz der Gemeinschaft berührt. Zwischen diesen Polen ist der Raum für freiheitliche Politik.

Wir sind keine Partei einer Klasse, eines Standes, eines Geschlechts, einer Konfession, der Alten oder der Jungen, auch nicht einer Region oder Provinz – wir sind kein Eliteverein für nationale, liberale oder sonstige Honoratioren – wir sind eine

Partei des gesamten Volkes

Aus der fünfzigjährigen Geschichte der Freiheitlichen Partei Österreichs ergibt sich die Antwort auf meine eingangs gestellten Fragen:

Frage 1: Warum wurde die FPÖ gegründet?

Antwort: Sie wurde gegründet aus liberalen und aus nationalen Gründen, ihre Ziele ließen sich durch Standes- und Landesgrenzen nicht einengen.

Frage 2: Warum ist sie viele Jahre lang nicht vom Fleck gekommen?

Antwort: Weil wir für die Menschen mit dem, was wir in der hohen Politik taten, keine Alternative zum System waren.

Frage 3: Warum ist sie nach 1986 so fulminant aufgestiegen?

Antwort: Weil wir nicht nur wegen des großen Kommunikators Haider die Herzen und die Köpfe der Menschen erreichten, und sie geglaubt haben, was wir versprochen.

Frage 4: Was hat ihren Fall verursacht?

Antwort: Das Abgehen von den Wünschen unserer Wähler und von unseren Versprechen, das verheerende Gegeneinander, die Diskussionsverweigerung, die Abgehobenheit und Selbstsucht der Führungsebene, die den Idealismus unserer Funktionäre an der Basis mißachtete.

Das alles ist jetzt Geschichte. Geschichte kann ein Mittel gegen die Resignation sein. Wir können aus unseren Erfolgen die Zuversicht schöpfen, dass sie möglich sind, dass wir sie wiederholen. Voraussetzung ist ein größtmögliches Maß an Einheit und Einigkeit. Dazu gehört, dass wir auch in der Krise unterschiedliche Meinungen respektieren und uns Fehler gegenseitig verzeihen. Ein Grundübel sind öffentliche wie versteckte Attacken auf eigene Leute.

Ich nütze diese Feier zu einem persönlichen Dank und zu einer Bitte.

Ich danke Euch allen, dass Ihr mir in den Jahren meiner politischen Tätigkeit geholfen habt, mein Amt zu erfüllen. Ohne Euch hätte keiner eine Chance – nicht meine Vorgänger und nicht ich und nicht meine Nachfolger. Ich bin froh, dass es Männer gibt wie Heinz-Christian Strache, der auch in einer aussichtslosen Situation nicht aufgegeben, die Partei zu einem mehr als achtbaren Ergebnis geführt und bewiesen hat, dass wir noch da sind und dass Bedarf nach freiheitlicher Politik besteht. Ich

bin froh, dass es Männer gibt wie Lutz Weinzinger, Männer, die wissen, dass die Einheit der Gesinnungsgemeinschaft zu den Grundfesten von Wirkung und Erfolg zählt, die trotz ihrer Bodenhaftung über Landesgrenzen hinaus zu denken vermögen, wie es der Oberösterreicher und Innviertler Reinhaller konnte und all jene, die vor 50 Jahren diese Partei gegründet und seither in ihr gewirkt haben. Auch Führungsleute machen Fehler. Sie sind eben auch wie wir alle. Aber sie verdienen unsere Unterstützung, wenn es ihnen um die Einheit und Stärke unserer gesamtösterreichischen Gesinnungsgemeinschaft geht. Gebt sie ihnen!

Letzte Frage:

Frage 5: Was muss unsere Partei tun, um ihre Notwendigkeit zu begründen und wieder gewählt zu werden?

Antwort: Die Werte, die unsere Partei vor 50 Jahren in den Mittelpunkt stellte, sind heute so entscheidend wie damals und sie gilt es zu leben:

Verantwortung, Gerechtigkeit, Ehrlichkeit,
Mut, Respekt und Treue

Ein Glückauf dieser
Freiheitlichen Partei Österreichs